



HANDBALL-EM
Deutsches Aus
nach 27:31
gegen Spanien
Sport

TECHNIK
ERSTE COMPUTERMAUS
KOMMT AUS KONSTANZ
Leben und Wissen




SINGEN
Diese Interpreten
sind beim
Ohrwurm dabei
Seite 10

KONSTANZ

DONNERSTAG, 25. JANUAR 2018
NR. 20 | 74. JAHR | K
PREIS 2,00 EURO
www.suedkurier.de

SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

KONSTANZ

Neue Vorermittlung gegen Hochschule

Die Staatsanwaltschaft prüft erneut mögliche Fehler bei der Bezahlung von verbeamteten Professoren an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung (HTWG). Wie schon im Sommer 2017 geht es dabei laut Leitetendem Oberstaatsanwalt um die Umsetzung der Besoldungsrichtlinie. Damals wurde der HTWG-Präsident anonym angezeigt. Beim Vorgang nun handelt es sich laut Staatsanwaltschaft um Vorermittlungen, nicht um konkrete Vorwürfe gegen eine Person. (bbr)

KONSTANZ

Theaterprojekte stehen auf der Kippe

Am Theater Konstanz droht das Aus für eine von zwei großen Veranstaltungsreihen. Nachdem der Gemeinderat eine Vertragsverlängerung von Intendant Christoph Nix um ein Jahr bis 2021 abgelehnt hat, stehen die Theaterstage (2019) und das Theaterschiff-Projekt Atlantis (2020) auf der Kippe. Nix: „Wir neigen dazu, nur eines der Projekte zu stemmen. Beide werden kaum machbar sein.“ Ein Theater könne nicht kurz vor einer neuen Intendanz ein Projekt wie Atlantis schultern. (aks)

SINGEN

Geld reicht nicht für alle Bauprojekte

Die Stadt Singen kann trotz ihrer sehr guten Einnahmensituation nicht alle gewünschten Projekte zeitnah realisieren. Beispiel dafür sind die Pläne für die Hallenbadsanierung und den Neubau einer Sporthalle, die den Anforderungen des Leistungssports gerecht werden soll. Beide Vorhaben sind im deutlich zweistelligen Millionenbereich anzusiedeln. Es zeichnet sich ab, dass die Projekte nicht parallel umgesetzt werden und bei der Priorisierung die Sporthalle den Vorzug erhält. (tol)

STOCKACH

VHS setzt verstärkt auf Online-Kurse

Im Sommersemester 2018 setzt die Volkshochschule vermehrt auf reine Online-Kurse. „Die Menschen wollen immer flexibler lernen“, sagt Nikola Ferling, Vorsitzende der VHS Landkreis Konstanz. Im Raum Stockach verzeichnet die VHS für das Jahr 2017 steigende Nutzerzahlen: Mit 2800 Kursanmeldungen gab es 277 mehr als im Jahr zuvor. (löf)

BODENSEE-WETTER

 **10°** Höchstwert heute Nachmittag
3° Tiefstwert in der Nacht zu morgen

www.suedkurier.de/wetter Seite 10

Bilder: dpa, bogdandimages - stock.adobe.com, swr
Preise: 2,00 Euro | 2,80 sFr.



Wunderliche Seenplatte auf der Baar

Beim Blick auf dieses Foto kann man sich wirklich wundern. Ist das die Müritz oder die Mecklenburgische Seenplatte? Nein! Es ist die Donau zwischen Geisingen und Hüfingen auf der Baar. Schmelzwasser und Regen hat den ansonsten

friedlichen Fluss weit über die Ufer treten lassen. Vorne fahren Lkw auf der B31 vorbei, im Hintergrund liegt Neudingen. Scheunen sind auf einem Dammweg vom Wasser eingeschlossen. (mic) BILD: JENS FRÖHLICH **Weltspiegel**

Klimasturz in Stuttgart

- Handfester Krach in grün-schwarzer Koalition
- Noch keine Lösung im Streit um Wahlrechtsreform
- CDU bringt die Grünen gegen sich auf

VON PETER REINHARDT UND DPA

Stuttgart - Der von der CDU-Landtagsfraktion ausgelöste Koalitionsstreit um eine mögliche Reform des Wahlrechts spitzt sich zu. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sagte, er wolle am heutigen Donnerstag den Koalitionsausschuss einberufen. Zuvor hatte ein Spitzentreffen am Rande der Landtagssitzung von Kretschmann mit CDU-Vizebürgermeister Thomas Strobl, Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz und CDU-Fraktionschef Wolfgang Reinhart offenbar keine Lösung gebracht. Über den Verlauf des Gesprächs wurde Stillschweigen vereinbart. Grünen-Fraktionschef Andreas Schwarz schlug indessen einen moderaten Ton an: „Die Koalition wird das auf jeden Fall überleben“, sagte er.

Die CDU-Landtagsfraktion hatte am Dienstag einstimmig gegen eine Reform des Wahlrechts votiert, obwohl diese im gemeinsamen Koalitionsvertrag vereinbart ist, um mehr Frauen in

den Landtag zu bringen. Die Grünen sind erobert und sprechen von einem Vertrauensbruch. Wolfgang Reinhart beteuerte, seine Fraktion stelle den Koalitionsvertrag insgesamt nicht infrage. „Es geht nur um den einen Punkt bei den Abgeordneten in ihrem Status selbst.“

Grünen-Fraktionschef Schwarz appellierte noch einmal an die CDU, zu einer verlässlichen und vertrauensvollen



Im Moment harzt es: Kretschmann (Grüne, links) und Strobl (CDU). BILD: DPA

len Sacharbeit zurückzukehren. „Ich bin enttäuscht von der Art und Weise, wie die CDU-Fraktion Politik gemacht hat.“ Schwarz erinnerte daran, dass es in der CDU auch Stimmen für eine Wahlrechtsreform gebe - nicht nur in der Frauen-Union. Sie müsse nun intern klären, wer in der CDU „die Hosen anhave“. Die Grünen hielten an dem Ziel fest, mit einer Reform ein modernes Wahlrecht zu schaffen. Die Grünen wollen das Wahlrecht um eine Listenkomponente ergänzen. Auf die Frage, ob die Koalition diese Krise überstehen werde, sagte Schwarz: „Auf jeden Fall.“

Unterdessen verteidigte die CDU-Fraktionsvize Nicole Razavi den Beschluss der Abgeordneten. „Wer es ernst meint mit dem Ziel, mehr Frauen ins Parlament zu bringen, der muss erkennen, dass das jetzige Wahlrecht die besten Voraussetzungen dafür bietet.“ Die Grünen seien dafür das beste Beispiel mit ihrem hohen Frauenanteil in ihrer Landtagsfraktion. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke sprach von „Chaostagen in der grün-schwarzen Koalition“. „Wenn eine Koalition ein derart trauriges Bild abgibt, dann soll sie sich am besten auflösen.“

Leitartikel und Seite 9

Neuer ZF-Chef aus Stuttgart?

Friedrichshafen (wro) Die Ernennung eines neuen Chefs für Deutschlands drittgrößten Autozulieferer ZF steht kurz bevor. Man sei bei der Suche „auf der Zielgeraden“, hieß es aus informierten Kreisen. Nach SÜDKURIER-Informationen soll der ZF-Aufsichtsrat am kommenden Mittwoch über die Personalauswahl entscheiden. Beim neuen ZF-Spitzenmann soll es sich um den bisherigen Chef des Stuttgarter Zulieferers Mahle, Wolf-Henning Scheider, handeln. In Stuttgart und in Friedrichshafen kursierte der Name bereits, sagten zwei Personen aus dem Umfeld der Firmen. ZF wollte sich zum Thema nicht äußern.

Wirtschaft Seite 6

Macron fordert Zehnjahresplan

Davos (dpa) Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat eine Zehnjahresstrategie für die Neuaufstellung Europas gefordert. „Ich hoffe, dass wir zusammenarbeiten werden, um diese Strategie für zehn Jahre bis Ende dieses Jahres zu haben“, sagte Macron vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Europa müsse eine Rolle spielen gegenüber China und den USA. Er nannte als Themen die Migrationspolitik, Energie, Verteidigung und Investitionen. Macron sprach sich dafür aus, bei der Zusammenarbeit in Europa unterschiedliche Geschwindigkeiten zuzulassen: „Wir brauchen mehr Ehrgeiz.“

Kommentar und Politik, Seite 4

Rüstungsexporte nehmen stark zu

Berlin (dpa) Die große Koalition hat in den vergangenen vier Jahren deutlich mehr Rüstungsexporte genehmigt als die Vorgängerregierungen. Der Gesamtwert der Lieferungen lag von 2014 bis 2017 bei 24,9 Milliarden Euro und damit 21 Prozent höher als in den Jahren der schwarz-gelben Koalition von 2010 bis 2013. Die Lieferungen in Drittstaaten außerhalb von EU und Nato nahmen sogar um 47 Prozent auf 14,48 Milliarden Euro zu. Allein 2017 wurden Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von 3,79 Milliarden Euro an diese Drittländer exportiert. Das sind 127 Millionen Euro mehr als im Vorjahr.

Kommentar und Seite 5

KOMMENTAR

WIRTSCHAFTSFORUM DAVOS

Im Zauberberg

VON ULI FRICKER

Seit einer Woche schneit es in Davos, Sals wollte das Dorf beweisen, dass es in der Schweiz noch echte Winter gibt. Schon der Hanseate Thomas Mann verlor sich hier in der Skispur und lief im Kreis. 2018 sieht die Lage in der politischen Loipe ähnlich aus. Mancher Teilnehmer des privaten Gipfeltreffens rennt den anderen davon wie ein Präsident Macron. Andere bewegen sich eher kreisförmig wie die Kanzlerin, die mit GroKo-Kalamitäten im Rucksack nach Graubünden eilt.

Der interessanteste Sportsmann kommt am Freitag. Dann schwebt Donald Trump mit jenem Besteck ein, über das nur ein US-Präsident verfügt. Alles außer Flugzeugträger. Das ist rein technisch imposant. Sein Auftritt ist originell, wenn nicht sogar gewagt: Das Davoser Treffen hat sich den Freihandel auf die Fahnen geschrieben. Trump strebt das exakte Gegenteil an, er will die USA am liebsten von der finsternen Globalisierung abschneiden. Doch hat die Davoser Höhenluft schon manchen verändert. Willkommen im Zauberberg!

RÜSTUNGSEXPORTE

Ehrlich machen

VON MARTIN FERBER, BERLIN

Sie wollten es nicht nur anders, sondern vor allem besser machen. Nachdem die deutschen Rüstungsexporte unter Schwarz-Gelb zwischen 2009 und 2013 stark gestiegen waren, kündigte der damalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel eine radikale Kehrtwende an. Als Wirtschaftsminister verfügte er dann über das nötige Instrumentarium, seinen Worten auch Taten folgen zu lassen. Tatsächlich jedoch änderte sich sehr wenig, im Gegenteil. Schwarz-Rot genehmigte mehr Rüstungsexporte als die von der SPD heftig kritisierte schwarz-gelbe Regierung.

Die Aufregung über die gestiegenen Waffenexporte ist jedoch ebenso naiv wie weltfremd. Es wird Zeit, dass sich die Regierung ehrlich macht und mit dem Versteckspiel gegenüber der Öffentlichkeit aufhört: Auch Waffenexporte an verlässliche Partner können Teil der deutschen Sicherheitspolitik sein. Man muss nur den Mut haben, es offen auszusprechen. Sonst wird man, wie jetzt Schwarz-Rot, von seinen eigenen Halbwahrheiten eingeholt.

RUBRIK

Eine Fliege namens Arnold

Die kleinste bekannte Fliege der Welt hat nun einen großen Namen: Ein US-Forscher hat sie nach dem muskulösen Exschauspieler und Politiker Arnold Schwarzenegger (70) benannt. Auf die Idee kam der Insektenforscher Brian Brown wegen der wulstigen Vorderbeine des Insektes. Die Ehre habe Schwarzenegger verdient: „Seine Autobiografie gab mir auch die Hoffnung, dass ich meinen Körper als dünner Teenager verbessern könnte“, so Brown. Megapropodiphora arnoldi ist rund fünfmal kleiner als eine Fruchtfliege. (dpa)

SÜDKURIER

WAHLRECHTSREFORM

Zeigen, wo der Hammer hängt



Beim Streit um ein neues Wahlrecht geht es nicht zuletzt um die Frage, wer in der CDU den Kurs bestimmt. Wir erleben eine Machtprobe.

VON PETER REINHARDT, STUTTGART

Die ganz großen Geschütze haben Baden-Württembergs Grüne doch nicht in Stellung gebracht, nachdem ihr Partner CDU bei der Reform des Landtagswahlrechts wortbrüchig geworden ist. Die CDU-Abgeordneten haben sich einstimmig über den Koalitionsvertrag hinweggesetzt, in dem beide Parteien ein neues Wahlverfahren vereinbart haben. Das grün-schwarze Bündnis wird an diesem Streit nicht zerbrechen. Das haben die Grünen gestern eilig signalisiert. Für die Bürger ist das ein nebensächliches Thema. Ein Koalitionsbruch wäre nicht zu vermitteln. Ohnehin gab es auch früher schon Vereinbarungen in Koalitionsverträgen, die nicht eingehalten wurden.

Nach einmal schlafen ist auch den Grünen aufgefallen, dass den politischen Schaden im Moment vor allem die CDU hat. Die steht zerstritten da. Wenn die komplette Riege der Abgeordneten ihrem Parteichef Thomas Strobl die Gefolgschaft versagt, hat der ein Problem. Selbst die Minister haben gegen sein Frauen-Projekt gestimmt. Fraktionschef Wolfgang Reinhart hat mit dieser Abstimmung demonstriert, wo der Hammer hängt.

Der Graben zwischen Strobl und der Fraktion wird immer tiefer. Der Parteichef der Landes-CDU kam nach der Landtagswahl aus Berlin und hat deshalb kein Mandat. Als gelernter Bundespolitiker fehlt dem Innenminister auch nach eineinhalb Jahren das Gespür, wie diese landespolitische Machtzentrale tickt. Als unmöglich empfanden es die Abgeordneten, dass Strobl seine Polizeireform ihnen nicht selbst erklärt. Erst recht empört waren sie, als er in dieser Woche vor der Debatte über die Wahlrechtsreform gekniffen hat. Wenn Strobl seinen wöchentlichen Bericht abgibt, verlassen manche Abgeordnete den Saal.

Verschärft wird die Lage durch das schlechte Verhältnis zwischen Strobl und Fraktionschef Wolfgang Reinhart.

Die beiden Spitzenleute aus Nordwürttemberg verbindet eine persönliche Abneigung seit vielen Jahren. Die Rivalität belastet die politische Arbeit und schadet der CDU. Natürlich wird das Verhältnis zwischen der Nummer 1 und der Nummer 2 der CDU auch immer unter der Frage gesehen, wer die Partei als Spitzenkandidat in die Landtagswahl 2021 führt. Das ist zwar noch eine Weile hin. Aber viele CDU-Abgeordnete haben inzwischen Zweifel, ob Strobl der richtige Mann wäre. Dabei hat er als Parteivorsitzender eigentlich das erste Zugriffsrecht.

Machtprobe kühl kalkuliert

Die Machtprobe hat die CDU-Fraktion kühl kalkuliert. Reinhardt weiß, dass Grünen-Übervater Kretschmann selbst wenig von den Überlegungen hält, Frauen über eine Wahlrechtsreform den Weg ins Parlament zu erleichtern. In der Sache haben die Abgeordneten auch gute Argumente. Bei den meisten Wahlen der Vergangenheit hätte bei der CDU eine Landesliste den Frauen gar nicht geholfen, weil die Partei nahezu alle ihre Mandate direkt gewonnen hat. Dann muss man sich bei der Nominierung in den Wahlkreisen durchsetzen. Über eine Liste lässt sich der Frauenanteil durch die Vergabe von sicheren Plätzen vor allem bei kleineren Parteien steuern, die keine Direktmandate gewinnen. Natürlich geht es bei dem Geringer auch um die Eigeninteressen der Abgeordneten, die es mit dem jetzigen Verfahren in den Landtag geschafft haben und bei einer Änderung vielleicht leer ausgingen.

Schaden genommen hat durch das abrupte Nein sicherlich das Vertrauen in der Koalition. Die CDU-Fraktion hätte mit den Grünen auch schonender umgehen können. Der Partner wird sicherlich an anderer Stelle ein Revanchefoul begehen, um seine Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Nun suchen beide Parteien unter Hochdruck einen Ausweg aus der verfahrenen Situation. Eine Lösung, die alle Beteiligten das Gesicht wahren lässt, ist nicht in Sicht. Eine Hängepartie kann sich Grün-Schwarz aber nicht leisten. Dazu gibt es schon zu viele, wenn auch kleinere Konfliktherde.

politik@suedkurier.de

ZUM TAG

GESAGT IST GESAGT

„Wenn's zu dieser großen Koalition kommt, trete ich in Berlin in meiner roten Lederjacke auf.“

Volker Kauder, CDU, Unionsfraktionschef im Bundestag

„Das wird den Mitgliederentscheid positiv beeinflussen.“

Andrea Nahles, SPD-Fraktionschefin, freut sich über Volker Kauders Angebot

„Was nicht geht, ist, wenn man jetzt sagt, tritt ein für zehn Euro, dann bleibst du zwei Monate Mitglied, stimmst gegen die große Koalition und gehst dann wieder raus.“

Lars Klingbeil, SPD-Generalsekretär, kritisiert die Aktion der Jusos, Gegner der großen Koalition zum Parteieintritt aufzurufen

„Es ist doch eine große Schande für dieses Land, dass wir inzwischen zu einem der größten Rüstungsexporture geworden sind. Die Bundesregierung hat sich zum Handlungsgehilfen der Rüstungsindustrie machen lassen und tritt die Werte unserer Außenpolitik mit Füßen. (...) Unter Angela Merkel sind wir nun zum Helfershelfer für die Aufrüstung von Diktaturen geworden.“

Sigmar Gabriel, SPD, heute Außenminister und damals noch Oppositionspolitiker, am 26. Juni 2013

ZUM NACHDENKEN

Die meisten wechseln aufs Gymnasium

Von den 91 444 Schülern in Baden-Württemberg, die im Herbst 2017 auf eine weiterführende Schule gewechselt sind, haben sich 44,2 Prozent für das Gymnasium entschieden. Dies sei eine leichte Steigerung gegenüber den Vorjahren (2016: 43,8 Prozent, 2015: 43,4 Prozent) teilte das Kultusministerium mit. Bei den Realschulen liege die Übergangsquote ebenfalls leicht höher: 34,2 Prozent der Schülerinnen und Schüler wechselten auf diese Schulart (Vorjahr: 33,7 Prozent). Nur 5,7 Prozent der Viertklässler wechselten im Herbst 2017 auf eine Haupt- oder Werkrealschule, 0,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Für die Gemeinschaftsschule entschieden sich 12,5 Prozent der Schüler, im Vorjahr waren es 13,4 Prozent. Von den Übergängern auf das Gymnasium brachten 87,2 Prozent eine Grundschulempfehlung für das Gymnasium mit. 11,3 Prozent der Schüler hatten eine Empfehlung für die Realschule, 1,5 Prozent eine für die Werkreal-/Hauptschule. (epd)

ONLINE HEUTE

IHRE MEINUNG

Abstimmung vom 23.01.2018
Freuen Sie sich auf die Olympischen Spiele?

34,15 % - Ja, Olympische Spiele sind immer ein Höhepunkt.
65,85 % - Nein, die Begleitumstände in Korea verderben die Vorfreude.

Frage heute: Braucht es Wirtschaft als eigenes Fach?
www.suedkurier.de/umfrage



Unser unbekannter Nachbar

- Liechtenstein will keine Steueroase mehr sein
- Doch wofür steht das Land eigentlich?
- Ein Blick in den Zwergstaat in den Alpen

VON THOMAS DOMJAHN

Kleine Preisfrage zu Beginn: Was hat Liechtenstein mit Usbekistan gemeinsam? Antwort: Neben Usbekistan ist Liechtenstein der einzige Binnenstaat der Welt, der wiederum ausschließlich von Binnenstaaten, nämlich Österreich und der Schweiz, umgeben ist. Hätten Sie's gewusst? Falls nicht, sind Sie in guter Gesellschaft. Denn obwohl das Land nur 50 Kilometer vom Bodensee entfernt liegt, ist der Zwergstaat unser unbekannter Nachbar. Das gilt nicht nur für kuriose Fakten wie den Vergleich mit Usbekistan (das – nur nebenbei bemerkt – an Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Afghanistan und Turkmenistan grenzt, die ebenfalls allesamt keinen Meereszugang haben), sondern auch für ein Grundverständnis der Politik, Gesellschaft und Wirtschaftsstruktur Liechtensteins. Aus diesem Grund wollen wir Ihnen das Land auf dieser Doppelseite genauer vorstellen.

Als Post-Chef Zumwinkel stolperte

Die meisten Deutschen assoziieren Liechtenstein spontan mit einer Steueroase. Doch das weist das Land energisch zurück. „Das Klischee hält sich zwar hartnäckig, stimmt aber heute nicht mehr“, sagt zum Beispiel der Wirtschaftsminister Liechtensteins, Daniel Risch, im SÜDKURIER-Interview (siehe unten). Zumindest an der Entstehung dieses Klischees hat das Land selber aber einen wesentlichen Anteil. So bescheuerte die Liechtensteiner Steueraffäre, die 2008 bekannt wurde, dem kleinen Land viele Negativschlagzeilen. Damals hatte ein ehemaliger Mitarbeiter von Liechtensteins größter Bank LGT bankinterne Daten an den Bundesnachrichtendienst verkauft. Im Zuge der Ermittlungen wurde der damalige Post-Chef Klaus Zumwinkel wegen Steuerhinterziehung zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe von zwei Jahren und einer Geldstrafe in Höhe von einer Million Euro verurteilt. Zumwinkel musste zurücktreten. Darüber hinaus wurden allein in Deutschland über 500 Ermittlungsverfahren gegen ehemalige LGT-Kunden eingeleitet.

Liechtenstein hatte jahrzehntelang mit seinem liberalen Stiftungsrecht und niedrigen Steuern Steuerhinterzieher aus aller Welt angelockt. Nach liechtensteinischem Recht errichtete Stiftungen erlauben es, ein Vermögen von seinem tatsächlichen Eigentümer zu trennen und somit zu anonymisieren. Im Gegensatz zu den Stiftungen

der meisten Länder kann eine liechtensteinische Stiftung vom Stifter jederzeit wieder aufgelöst werden.

Ein Großteil der Steuerschlupflöcher hat Liechtenstein in den letzten Jahren geschlossen. Seit 2009 müssen zum Beispiel Stiftungen in Liechtenstein ihren Stiftungszweck angeben, was Geldwäsche erschwert. So ging die Anzahl der Stiftungen von über 50 000 im Jahr 2008 auf gut 15 000 im Jahr 2016 zurück. 2013 unterzeichnete Liechtenstein ein internationales Abkommen zur Verhinderung von Steuerflucht.

Mit aller Macht versucht Liechtenstein seitdem, sein ramponiertes Image zu korrigieren. Und tatsächlich hat das Land nicht ganz unrecht, wenn es auf seine Vorzüge außerhalb des Finanzsektors verweist. So verfügt Liechtenstein zum Beispiel seit 1961 über eine eigene Universität, an der man außer Finanzwissenschaften auch Architektur und Wirtschaftsinformatik studieren kann. Die Universität Liechtenstein gehört ebenso wie die privat geführte Internationale Akademie für Philosophie zum Hochschulnetzwerk Internationale Bodensee-Hochschule. Und auch bei der Schulbildung kann Liechtenstein Erfolge vorweisen. So lag das Fürstentum zuletzt bei der Pisa-Studie in den Fächern Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften vor Deutschland.

Überraschungserfolge im Sport

Auch im Sport konnte Liechtenstein, das gerade mal 7000 Einwohner mehr als Radolfzell hat, einige Überraschungssiege landen. So spielte der FC Vaduz, Liechtensteins bester Fußballverein, von 2014 bis 2017 in der ersten Schweizer Liga (Super League), bevor der Verein als Tabellenletzter in die zweite Schweizer Liga (Challenge League) abstieg. Dort steht der FC Vaduz aktuell immerhin auf Rang vier.

Zwar konnte sich die Nationalmannschaft von Liechtenstein noch nie für eine Welt- oder Europameisterschaft qualifizieren, doch gelang es dem kleinen Land schon mehrmals, größere Länder zu besiegen. Unter anderem schlug Liechtenstein Luxemburg (auch eine ehemalige Steueroase) bei der Qualifikation für die WM 2006 mit 4:0 (zu Hause) und 3:0 (auswärts). In die Sportgeschichte des Landes ging jedoch ein Unentschieden ein: Im Jahr 2004 holte das Land ein 2:2 gegen Portugal, das unter anderem mit Stars wie Cristiano Ronaldo nach Vaduz gereist war. Es war der erste Punkt Liechtensteins in einer WM-Qualifikation.

„Wir sind einer der“

Daniel Risch, Wirtschaftsminister von Liechtenstein, spricht über die Stärken des Landes und die Neuausrichtung des Finanzsektors

Herr Risch, Liechtenstein gilt als Steueroase. Inwiefern trifft dieses Klischee noch zu?

Überhaupt nicht. Das Klischee hält sich zwar hartnäckig, stimmt aber heute nicht mehr. Liechtenstein hat sich verpflichtet, sich an die internationalen Standards gegen Geldwäsche zu halten. Wir sind Mitglied des europäischen Wirtschaftsraums, haben die OECD-Standards akzeptiert und 2017 auch erstmals mit den deutschen Finanzämtern Daten ausgetauscht.

Wie schmerzhaft war der Wandel weg von der Steueroase?

Es gab Einschnitte, aber der Finanzplatz ist nicht nachhaltig geschrumpft. Der Wandel ab 2007 fiel genau in die Finanzkrise. Deshalb ging es in die

ser Phase der gesamten Liechtensteiner Wirtschaft nicht so gut, nicht nur dem Finanzsektor. Heute sind wir, was das verwaltete Vermögen angeht, wieder auf dem Stand von damals mit dem Unterschied, dass wir heute nur noch versteuertes Geld verwalten.

Was haben Sie denn außerhalb des Finanzsektors zu bieten?

Nur 24 Prozent unserer Bruttowertschöpfung stammen aus dem Finanzsektor. 40 Prozent kommen aus der Industrie und dem warenproduzierenden Gewerbe. Damit sind wir einer der höchstindustrialisierten Staaten Europas. Wir beheimaten Firmen wie die Hilti AG oder die ThyssenKrupp Presta AG, die zu den Weltmarktführern zählen. Insgesamt haben wir 4500 aktive Unternehmen. Und dabei spreche ich nicht von Briefkastenfirmen. Das entspricht einem Unternehmen auf neun Einwohner und ist international ein Spitzenwert. In Deutschland ist es ein Unternehmen auf 22 Einwohner.



„... oder ich tret aus!“ Haitzinger

SÜDKURIER Deutscher Lokaljournalistenpreis 2010 | 2012 | 2014 | 2015
European Newspaper Award 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017

Chefredakteur:
Stefan Lutz
Stellvertretender Chefredakteur:
Günter Ackermann
Leitende Redakteure:
Dieter Löffler, Margit Hufnagel, Sebastian Pantel
Politik und Hintergrund: Dieter Löffler; **Wirtschaft:** Walther Rosenberger; **Kultur:** Dr. Johannes Bruggaiger; **Sport:** Ralf Mittmann
Verlag und Herausgeber:
SÜDKURIER GmbH, Konstanz
Geschäftsführer: Rainer Wiesner
Verlagsleitung: Michel Bieler-Loop
Anzeigen: Michael Schmierer
Vertrieb: Svenja Grapp
Zustellung: Thomas Kluzik
SÜDKURIER GmbH, Medienhaus
Max-Stromeyer-Straße 178, 78467 Konstanz
Postfach 102 001, 78420 Konstanz
Telefon 0 75 31/999-0, Telefax 0 75 31/ 999-1485
Abo-Service und Kleinanzeigen:
Kostenlose Servicenummer 0800/880 8000

Internet: <https://www.suedkurier.de>
<https://www.suedkurier-medienhaus.de>
E-Mail-Adressen:
redaktion@suedkurier.de
leserbriefe@suedkurier.de
service@suedkurier.de
anzeigen@suedkurier.de
kleinanzeigen@suedkurier.de
Commerzbank AG, Konstanz
IBAN DE35 6904 0045 0270 1811 00
BIC COBADE3333
Druck: Druckerei Konstanz GmbH
78467 Konstanz, Max-Stromeyer-Straße 180
Zurzeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 86 vom 01. 01. 2018 mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Anzeigen und Beilagen und den Zusätzlichen Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verlages gültig. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt, Arbeitskampf, Verbot oder bei Störungen in der Druckerei bzw. auf dem Versandweg kein Entschädigungsanspruch. Keine Gewähr für unverlangte Manuskripte. Erfüllungsort und Gerichtsstand für alle Verlagsgeschäfte ist Konstanz, soweit nicht zwingend gesetzlich anderes vorgeschrieben.



Viel größer als auf dem Bild unten ist das Fürstentum Liechtenstein nicht: Mit einer Ausdehnung von nur 160 Quadratkilometern ist Liechtenstein das sechstkleinste Land der Welt. Oben im Bild, eingerahmt von der Landesgrenze (links) und der Nationalflagge (rechts), die Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 15. August und das Regierungsviertel in Vaduz. BILD: DPA



Kuriose Fakten zu Liechtenstein

- **Nationalhymne:** Liechtensteins Nationalhymne „Oben am jungen Rhein“ hat kurzerhand als Melodie die Nationalhymne des Vereinigten Königreiches („God Save the Queen“) übernommen. „Hoch lebe Liechtenstein/ blühend am jungen Rhein, glücklich und treu/ vereint und frei“, heißt es im Liechtenstein-Lied.
- **Armee:** Liechtenstein hat seit 1868 kein eigenes Militär mehr. Einer Anekdote nach marschierten 1866 genau 80 Liechtensteiner Soldaten zum Grenzschutz Richtung Italien. Die Mission war erfolgreich: Zurück kamen 81 Soldaten – ein Italiener war zu den Liechtensteinern übergelaufen.
- **Enge Beziehungen:** Liechtenstein ist weltweit eines von drei Ländern, das so heißt wie sein Staatsoberhaupt (die anderen Länder sind Saudi-Arabien und Luxemburg).
- **Verkehr:** Liechtenstein hat weder einen Hafen noch einen Flugplatz noch eine Autobahn.
- **Hoch hinaus:** Liechtensteins tiefste Erhebung liegt 259 Meter höher als Dänemarks höchste Erhebung (Ruggeller Riet 430 Meter über dem Meerespiegel/Mollehoj 171 Meter über dem Meeresspiegel).
- **Bergig:** Liechtenstein ist das einzige Land in Europa, das vollständig im Alpenmassiv liegt.
- **Flüchtlinge:** Liechtenstein hat fünf syrische Flüchtlingsfamilien aufgenommen. Im Vergleich zur Bevölkerungszahl sei das nicht wenig, erklärt die Liechtensteiner Regierung. (td)

Nicht nur Finanzplatz

Liechtenstein ist vor allem für seine Banken bekannt. Doch das Land verfügt auch über einen großen Industriesektor

VON THOMAS DOMJAHN

Trotz seiner geringen Größe hat Liechtenstein mehrere Weltmarktführer im Industriesektor hervorgebracht. ThyssenKrupp Presta zum Beispiel. Der Automobilzulieferer aus der Liechtensteiner Gemeinde Eschen zählt zu den weltweit erfolgreichsten Herstellern von Lenksystemen. Das Unternehmen, das seit 1991 zum Krupp-Konzern gehört, ist mit 2000 Mitarbeitern der größte Arbeitgeber in Liechtenstein. Zweitgrößter Arbeitgeber mit 1700 Mitarbeitern ist der Werkzeughersteller Hilti, der 1941 in der Liechtensteiner Gemeinde Schaan gegründet wurde.

Allerdings spielt Hilti weltweit in einer anderen Gewichtsklasse: Während ThyssenKrupp Presta auf 7000 Beschäftigte kommt, bringt Hilti über 23 000 Mitarbeiter auf die Waage. Auch beim Umsatz hat Hilti die Nase vorn: Der Konzern setzte im Jahr 2017 über 5 Milliarden Schweizer Franken (4,3 Milliarden Euro) um, während ThyssenKrupp Presta zuletzt einen Jahreserlös von knapp 2 Milliarden Schweizer Fran-



Ein Exportschlager: Der rote Hilti-Koffer ist urheberrechtlich geschützt. BILD: AFP

ken (1,7 Milliarden Euro) erzielte. Die hohe Mitarbeiterzahl von Hilti ist übrigens durch die spezielle Vertriebsstruktur begründet. Hilti-Produkte wie Bohrhammer, Elektrosägen oder Akkuschrauber werden nicht im Baumarkt angeboten, sondern ausschließlich über den Direktvertrieb. Zwei Drittel aller Hilti-Beschäftigten arbeiten im Vertrieb, nur ein Drittel „indoor“, wie es bei Hilti heißt, also in der Produktion oder der Verwaltung. „Durch den Direktvertrieb ist unser Ohr näher am Kunden“, erklärt ein Sprecher von Hilti, das seine Produkte in 120 Ländern vertreibt. Auch die Produktionsstandorte sind weltweit verteilt. Unter anderem produziert Hilti in den USA, China, Indien und auch in Deutschland.

Liechtenstein

Das Land hat rund 38 000 Einwohner und ist damit der kleinste Staat im deutschen Sprachraum. Gleichzeitig ist Liechtenstein der viertkleinste Staat Europas und der sechstkleinste der Welt. Währung ist der Schweizer Franken. Der Staat ist in elf Gemeinden gegliedert. Hauptort und Fürstensitz ist Vaduz. Der Name des Landes geht auf das Jahr 1699 zurück, als Fürst Hans Adam von Liechtenstein die Herrschaft Schellenberg und im Jahr 1712 die Grafschaft Vaduz erwarb. (td)

Ein Land ohne Goethe, Schiller und Debatten über Leitkultur – was Deutschland von Liechtenstein lernen kann: www.sk.de/exklusiv



Liberale Monarchie

Im Fürstentum Liechtenstein gibt es viele direktdemokratische Elemente. Das Volk könnte theoretisch sogar den Fürsten abwählen

VON THOMAS DOMJAHN

Liechtenstein ist eine „konstitutionelle Erbmonarchie auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage“. So steht es in der Liechtensteiner Verfassung. Das aktuelle Staatsoberhaupt Liechtensteins ist seit 1989 Fürst Hans Adam II. von und zu Liechtenstein. Die Staatsgeschäfte obliegen seit August 2004 seinem ältesten Sohn, dem Erbprinzen Alois von und zu Liechtenstein. Die gesetzgebende Gewalt hat der Landtag, der aus 25 Abgeordneten besteht, die für vier Jahre gewählt werden.

Eine Besonderheit der liechtensteinischen Monarchie sind ihre direktdemokratischen Elemente, die vergleichbar mit dem Schweizer Demokratie-Modell sind. So können mindestens 1000 Bürger den Landtag einberufen und mindestens 1500 können eine Volksabstimmung über seine Auflösung beantragen. Ebenfalls können 1000 Bürger einen Antrag auf Erlass, Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes an den Landtag stellen. Für Verfassungsänderungen ist die Zustimmung von



Die fürstliche Liechtensteiner Familie (von links) mit Prinzessin Marie Caroline, Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, Erbprinzessin Sophie, Fürst Hans Adam II. von Liechtenstein und Fürstin Marie. BILD: DPA

mindestens 1500 Bürgern notwendig. Interessant an der Liechtensteiner Verfassung ist, dass der Monarch zwar Gesetze des Landtags blockieren kann, dass aber wiederum das Volk über die Abschaffung der Monarchie abstimmen dürfte. „Wir tragen immer wieder Kosten, die in anderen Staaten vom Steuerzahler übernommen werden. Falls die Mehrheit der Liechtensteiner Bevölkerung der Meinung sein sollte, dass wir diesen Service nicht mehr bieten sollten, wenden wir uns anderen Aufgaben zu“, sagte Fürst Hans Adam II. in einem Interview mit dem politischen Monatsmagazin Cicero.

„höchstindustrialisierten Staaten Europas“

Nur ein Prozent Ihres Bruttoinlandsprodukts stammt aus dem Tourismus. Geben Sie sich damit zufrieden?

Nein. Wir wollen den Tourismus beleben. Wir haben Berge, Natur und in Vaduz auch viel Kultur zu bieten. Sowohl für Wintersportler als auch für Sommerausflüge lohnt sich ein Aufenthalt in Liechtenstein. Das müssen wir noch besser vermarkten. Über 5 oder 10 Prozent wird der Tourismus aber nie zum BIP beitragen. Dafür sind die Industrie und der Finanzsektor zu stark.

Wie stark treffen Sie als Exportland Abschottungsbewegungen, wie wir sie in England oder den USA beobachten?

Je kleiner ein Land ist, desto mehr ist es vom Außenhandel abhängig. Wir sind in der glücklichen Lage, über die Zoll- und Währungsunion mit der Schweiz und über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit der EU verbunden zu sein und über zwei wichtige Marktzugänge zu verfügen. Aber wir beobachten den Brexit und die Ent-

wicklung in den USA sehr genau.

Wo steht Liechtenstein bei der digitalen Infrastruktur?

Bei der Netzinfrastruktur sind wir relativ weit, wollen uns aber noch verbessern. Wir bieten praktisch flächendeckend eine Versorgung mit 100 Megabit pro Sekunde an. Zurzeit sind wir dabei, das Glasfasernetz auszubauen. Über 10 Prozent aller Haushalte haben schon einen Glasfaseranschluss. Diese Quote wollen wir weiter ausbauen. Sie soll 2022 unserer Zielsetzung nach 90 Prozent betragen.

Und wie sieht es bei der Digitalisierung an sich aus?

In der Wirtschaft ist Industrie 4.0, also die digitale Vernetzung der Produktion, auch bei uns wie überall ein großes Thema. Im Bereich E-Government können wir uns ein Beispiel nehmen an Staaten wie Estland. In den nächsten Jahren wollen wir möglichst viele staatliche Dienstleistungen digitalisieren.

Wie gut sehen Sie sich an den Verkehr angebunden?

Unsere Lage zwischen Zürich, München, Innsbruck und Mailand bringt den Vorteil mit sich, dass wir die Verkehrsnetze unserer Nachbarländer mitnutzen können. Insofern können wir uns nicht beschweren. Einzig der starke Pendelverkehr bereitet uns manchmal Kopfschmerzen. Wir haben rund 38 000 Einwohner und gleichzeitig 38 000 Arbeitsplätze. Dies führt dazu, dass jeden Tag 20 000 Arbeitnehmer nach Liechtenstein einpendeln. Diese Verkehrsbewegungen müssen wir zu den Stoßzeiten noch besser steuern, um Staus zu vermeiden.

Was sind die Vorteile eines Kleinstaates wie Liechtenstein?

In der Regel sind in kleinen Ländern die Wege kürzer und die Verwaltung ist schlanker. Die Kleinheit bringt Stabilität und ermöglicht es uns, wendiger und schneller zu sein als große Länder. Diese Stärken lassen sich aber nicht

ohne Weiteres auf große Länder übertragen, weshalb ich anderen Ländern keine Ratschläge geben möchte. Im Gegenteil, wir können mindestens genauso viel von großen Ländern lernen wie große Länder von uns.

Wie sportlich sind die Liechtensteiner und welche Schwerpunkte setzen Sie bei der Sportförderung?

Die Förderung des Breitensports ist uns sehr wichtig. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist in einem Sportverein aktiv. Im Spitzensport haben wir als kleines Land bei den Mannschaftswettbewerben wie im Fußball oder im Basketball kaum Chancen. Aber in Einzelsportarten konnten wir gerade im Wintersport schon öfter Erfolge feiern. Wir haben bisher insgesamt neun olympische Medaillen gewonnen und hoffen auf die zehnte Medaille bei den Olympischen Winterspielen im Februar in der südkoreanischen Stadt Pyeongchang.

FRAGEN: THOMAS DOMJAHN

Zur Person



Daniel Risch, 39, ist seit knapp einem Jahr Minister für Wirtschaft, Infrastruktur und Sport in Liechtenstein. Gleichzeitig ist er

Stellvertreter von Regierungschef Adrian Hasler. Risch studierte Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten St. Gallen, Zürich sowie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im Anschluss absolvierte Risch an der Universität Freiburg ein Promotionsstudium in Wirtschaftsinformatik. Bis zu seinem Eintritt in die Regierung arbeitete Risch bei verschiedenen Unternehmen im IT-Sektor. Der Politiker ist Mitglied in der Regierungspartei „Vaterländische Union“ (VU). Risch ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. (td)